

Bezirkspolitiker dürfen über Schulangebot mitdebattieren

Die Schulbehörde reagiert auf die Kritik nach dem Start der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen (RSK). „Alle, die an den Konferenzen teilnehmen, dürfen sprechen und sich einbringen“, sagte Hans-Peter de Lorent, Leiter des für die RSK zuständigen Planungsstabs in der Schulbehörde, im Gespräch mit dem Abendblatt. Unter anderem hatten Kritiker moniert, dass Bezirksabgeordnete in den RSK nur als Beobachter ohne Rede- und Fragerecht zugelassen seien. In diesem Zusammenhang war von einem „Maulkorbberlass“ die Rede gewesen.

Nun sollen auch die Bezirkspolitiker zusammen mit Schulleitern, Lehrern, Eltern und Schülern über das optimale Schulangebot in der Region debattieren dürfen. „Wir haben aber die Bitte, dass dies sensibel geschieht und der Diskussionsprozess nicht majorisiert wird“, sagte de Lorent. Das zentrale Anliegen der RSK bleibe die Beteiligung der Lehrer, Eltern und Schüler an der Vor-Ort-Planung. „Wissenschaftler sagen uns, dass das ein in Deutschland einmaliger Prozess ist“, so der Leiter des Planungsstabs.

„Wir haben keinen Master-

plan in der Tasche“, sagte de Lorent zu dem Vorwurf, die RSK seien nur „Alibiveranstaltungen“ und die Behörde mache hinterher doch, was sie wolle. Wenn sich eine Region auf einen gemeinsamen Vorschlag für das künftige Standortangebot von Primar-, Stadtteilschulen sowie Gymnasien verständige, dann sei „die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass die Behörde das aufnimmt“. Den Vorwurf mangelnder Demokratie könne er deswegen nicht teilen.

Die Auswertung der ersten Runde der RSK hat laut de Lorent ergeben, dass es „noch viele Fragezeichen in den Gesichtern der Beteiligten“ gibt. „Wir haben aber den Eindruck, dass in der weit überwiegenden Zahl der Konferenzen eine konstruktive Atmosphäre herrscht“, sagte de Lorent. Es gebe die Bereitschaft, „sich auf den Planungsprozess einzulassen, ohne Grundsatzdiskussionen zu führen“. Die 22 RSK, in die das Stadtgebiet aufgeteilt ist, sollen der Schulbehörde bis Mai 2009 Vorschläge für die künftige Schulstruktur in ihrer Region unterbreiten. Den Rahmen bilden die Vereinbarungen im schwarz-grünen Koalitionsvertrag. (pum)